

Für Ostjerusalemer Kinder fehlen 1500 Klassenzimmer

In Ost-Jerusalem fehlt es an 1.500 Klassenzimmer. Die vorhandenen sind zu klein und nur rudimentär ausgebaut, um den Kindern eine angemessene Schulbildung zu ermöglichen. Hinzu kommt, die Lage der Schulen, die von Fabriken umgeben sind, die giftige Dämpfe verbreiten und sich dramatisch auf den Gesundheitszustand der kleinen Schüler auswirken. In der folgenden Reportage berichtet Marlène Schnieper über diese dramatische Situation.

Die Kinder haben schmale Gesichter. Ihr Spiel gleicht dennoch dem Spiel aller Kinder. Doch die Mütter und Väter, die sich im Schulhof versammelt haben, sind bekümmert. Der Hof gehört zu einer Primarschule im Flüchtlingslager Shuafat in Ostjerusalem. Die öffentliche Schule wurde erst im September, zu Beginn des neuen Schuljahres, eröffnet. 700 bis 800 palästinensische Buben sollen hier künftig unterrichtet werden. Das Soll ist noch nicht erfüllt, weil einige Eltern sich schlicht weigerten, ihre Söhne an diesem Ort einzuschulen.

Giftige Dämpfe und Schimmel

In der Nachbarschaft steht eine Fabrik, die giftige Dämpfe und bestialischen Gestank verbreitet. Je nach Witterung fallen die stickigen Schwaden direkt auf dem Schulhof nieder, sodass die Kinder husten und erbrechen und das Lehrpersonal über Kopfwahl und Schwindel klagt. Zudem diente der Hof einst als Umschlagplatz für Kleinvieh. In den angrenzenden Stallungen waren Ziegen und Schafe untergebracht. Jetzt wurden die zu Schulzimmern umgewandelten Räume frisch getüncht, doch in einigen Kellern, in denen Schulmaterial lagert, schimmelt es. In den Toiletten liegen Abflussrohre offen.

«Sind wir denn Tiere?», empört sich Fatima Abed Rabbo. Die Frau stammt aus Beit Hanina, wo die besser gestellten Palästinenser Jerusalems wohnen. Ihre eigenen Kinder besuchen dort ein Kollegium christlicher Mönche, das auch Islam im Fächerplan hat. Sie wisse, was für ein Vorteil es sei, sich eine solche Ausbildung leisten zu können, sagt die Muslimin. Nicht zuletzt darum habe sie bisher im Flüchtlingslager Shuafat als Englischlehrerin gearbeitet, «ich wollte auch für die weniger Privilegierten etwas tun». Inzwischen wechselte sie an eine Schule ausserhalb des Lagers, drinnen hielt sie es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aus. In Shuafat selbst ist die Luft zwar besser, die Schulen aber platzen aus allen Nähten. Eine Primarschule für fast 300 Mädchen ist in einem Privathaus untergebracht, das eigentlich nur für eine Grossfamilie gedacht war. 38 Schülerinnen drängen sich in ein Zimmer; jeweils zu dritt sitzen sie um ein winziges Pult. Den Abfall rund um das Gebäude scheint weder die Stadtbehörde je zu räumen noch der Hausbesitzer, der immerhin Miete kassiert. Den Elternkomitees komme es auch nicht in den Sinn, Schulhöfe selber zu putzen, erklärt Jalal Hussein, Vertreter eines solchen Gremiums. «Im täglichen Existenzkampf ist uns die Eigeninitiative abhanden gekommen.»

Shuafat zählt 35.000 Einwohner, davon leben vielleicht 15'000 im Flüchtlingslager. Das Lager richtete Jordanien 1966 ein, als es palästinensische Flüchtlinge aus Ashkelon, die seit 1948 in der Altstadt von Jerusalem zusammengepfercht gewesen waren, in den Ostteil verlegte. 1967 eroberte und annektierte Israel diesen Teil der Stadt. Mittlerweile hat Jerusalem rund 750'000 Einwohner, davon sind 65 Prozent jüdisch, 35 Prozent arabisch. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas rechnet damit, dass Ostjerusalem im Rahmen einer Zweistaatenlösung palästinensische Hauptstadt wird.

Nur bei Steuern gleich

Bis es so weit ist, fallen die bald 270.000 Palästinenser dort freilich zwischen Stuhl und Bank. Sie sind nur Niedergelassene. Obwohl sie Steuern zahlen wie die jüdischen Bürger in Westjerusalem, erhalten sie lediglich einen Bruchteil der Dienstleistungen, auf die sie Anspruch hätten. Die schulischen Verhältnisse in Shuafat sind ein Beispiel dafür – und sie sind kein Einzelfall.

Nach Darstellung von Ir Amim, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für eine ausgewogene Stadtentwicklung engagiert, fehlen in Ostjerusalem 1500 Klassenzimmer. Es gibt 80.000 Schulkinder, doch nur für die Hälfte bestehen öffentliche Schulen. Der Rest besucht private oder halbprivate Schulen – auch solche, die von islamischen Instanzen betreut werden, denen niemand auf die Finger schaut. 9000 schulpflichtige Kinder gehen gar nicht zum Unterricht, das ist fast eines von zehn Kindern im Ostteil der Stadt.

Zwei Drittel unter Armutsgrenze

Zwischen diesen Zuständen und dem zunehmenden sozialen Gefälle sieht Haim Erlich, Schulfachmann bei Ir Amim, einen direkten Zusammenhang. 67 Prozent der palästinensischen Familien in Jerusalem leben heute unter der Armutsgrenze gegenüber 21 Prozent bei jüdischen Familien. 50 Prozent der palästinensischen Jungen beenden die Schule nicht, bei den Juden sind es bloss 8 Prozent. Palästinensische Strassenkinder würden zur leichten Beute von Drogenhändlern und Hasspredigern.

Schuld an der Schulmisere in Ostjerusalem sei hauptsächlich die Stadtverwaltung. Für die Jahre 2007 bis 2011 habe Erziehungsministerin Yuli Tamir umgerechnet rund 100 Millionen Franken reserviert, um mehr und besseren Schulraum in diesem Stadtteil zu schaffen.

Bürgermeister Uri Lupoliansky habe dieses Vorhaben wie so vieles total verschlampt, behauptet der Israeli. Anfang des Monats nun wurde der ultraorthodoxe Lupoliansky durch Nir Barkat abgelöst, einen säkularen Vertreter der Rechten. Wie sein Vorgänger will Barkat «die Einheit» Jerusalems bewahren. «Das Schulproblem illustriert freilich, in welchem Mass diese Stadt heute schon geteilt ist», sagt Erlich.

baz.online; 14. Dezember 2008